



# **DIALOG**

*INNOVATION UND GESELLSCHAFT*

---

**NETZPOLITIK FÜR NIEDERSACHSEN**  
**DAS DIGITALE NIEDERSACHSEN GESTALTEN**

# Dialogpapier „Netpolitik für Niedersachsen“

## Das digitale Niedersachsen gestalten

1 Die politische Gestaltung der Informations- und Telekommunikationstechnologien, des Internets und  
2 die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung unserer Gesellschaft sind schon lange keine gesell-  
3 schaftlichen Randthemen mehr. Netpolitik ist moderne Gesellschaftspolitik. Sie betrifft inzwischen  
4 sämtliche Lebensbereiche und Themenfelder. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschäfti-  
5 gen sich deshalb grundlegend und intensiv mit den Chancen und Herausforderungen der Digitalisie-  
6 rung unserer Gesellschaft. Wir wollen auch hier gestalten.

7

8 Dabei ist festzustellen: Die Politik hat bisher noch keine umfassenden Antworten auf die Herausfor-  
9 derungen der Digitalisierung gefunden. Wir befinden uns in einer Umbruchphase. Diese zu gestalten  
10 und dabei auf den Dialog mit Vertretern aus den Bereichen der digitalen Zivilgesellschaft, der Wirt-  
11 schaft und der Wissenschaft zu setzen, wird unser Weg bis zum Regierungswechsel 2013 sein – und  
12 wird die Politik einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung ab 2013 in Niedersachsen aus-  
13 zeichnen.

14

### 15 **1. Recht auf Netz**

16

17 Der Zugang zu einem schnellen Internet ist schon lange eine Grundlage, um in vielen Lebensberei-  
18 chen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Dies gilt für Bildung, für Arbeit, für politische  
19 Partizipation, aber auch für einen Großteil der alltäglichen sozialen Kontakte. Diese digitale Teilhabe  
20 kann nur durch eine ausreichende und für alle bezahlbare Netzanbindung in Niedersachsen gewähr-  
21 leistet werden. Die bisher geforderten 2 Mbit/s reichen schon lange nicht mehr aus. Zugleich droht  
22 die Bundesregierung mit den Zielen ihrer Breitbandstrategie zu scheitern. Auch die niedersächsische  
23 Landesregierung vermeldet Erfolge beim Breitbandausbau, die nicht mit der Realität in Niedersach-  
24 sen übereinstimmen.

25

26 Um gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land zu gewährleisten, ist der flächendeck-  
27 ende Ausbau des Netzes notwendig. Gerade kleine Unternehmen sind darauf besonders angewie-  
28 sen. Immer noch wandern Unternehmen wegen zu geringer Bandbreiten aus dem ländlichen Raum  
29 ab. Als Reaktion auf diesen digitalen Fortschritt hat die Europäische Kommission mit ihrer „Digitalen  
30 Agenda“ das Ziel festgeschrieben, bis 2020 die Hälfte der Einwohner Europas mit einer Bandbreite

31 von bis zu 100 Mbit/s für das Netz zu versorgen. Von diesem richtigen Ziel ist die derzeitige nieder-  
32 sächsische Landesregierung weit entfernt.

33

34 Die SPD-Niedersachsen akzeptiert den langsamen Ausbau des Netzes in Niedersachsen nicht. Digitale  
35 Netze sind heute unabdingbarer Bestandteil des gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und wirt-  
36 schaftlichen Lebens. Der Breitbandausbau ist für uns deshalb ein wichtiger Baustein der Struktur- und  
37 Wirtschaftsförderung. Er ist aber auch wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb ste-  
38 hen wir für ein Recht auf die Grundversorgung mit schnellem Internet. Neben dem Recht auf das  
39 Netz wollen wir zugleich den innovativen und offenen Charakter des Internets aufrechterhalten.

40

41 Deshalb werden wir

- 42 • uns im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die Festschreibung eines Breitbandanschlusses  
43 mit stufenweiser Erhöhung der Mindestgeschwindigkeit als Universaldienst einsetzen.
- 44 • gemeinsam mit der Wirtschaft nach Wegen suchen, um den flächendeckenden Zugang zum  
45 schnellen Netz zu garantieren. Im Rahmen eines niedersächsischen Breitband-Gipfels wird die  
46 SPD-Niedersachsen mit den Kommunen, den Stadtwerken, der Wirtschaft und der Zivilgesell-  
47 schaft eine Strategie für den Breitbandausbau in Niedersachsen erarbeiten. Dabei werden wir  
48 auch auf die Erfahrungen des Breitband Kompetenz Zentrums setzen.
- 49 • die Fördermittel der Europäischen Union intensiver für die Finanzierung heranziehen.
- 50 • für wirtschaftliche Anreize für Unternehmen und Kommunen sorgen, um den Netzausbau zu  
51 fördern.
- 52 • bei Straßenaus- und -umbaumaßnahmen in der niedersächsischen Bauordnung eine Pflicht zur  
53 Verlegung von Leerrohren vorsehen.
- 54 • die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität – egal welches Gerät, Dienst oder Zugangsweg  
55 genutzt wird – vorantreiben und uns für das Verbot von Netzsperrern sowie sämtliche Vorha-  
56 ben, die eine Sperrung des Internetzugangs („three-strike-Modelle) vorsehen, einsetzen. Hier-  
57 für werden wir auch im Bundesrat aktiv.

58

## 59 **2. Unsere Gesellschaft fit machen für das digitale Zeitalter**

60

61 Die Befähigung zum kompetenten und kritischen Umgang mit elektronischen Medien ist in einer  
62 digitalisierten Gesellschaft Grundqualifikation. Kinder und Jugendliche setzen sich immer früher mit  
63 Neuen Medien auseinander und nutzen diese verstärkt. Politik hat hier die Aufgabe, richtige Rah-  
64 menbedingungen zu setzen. Deshalb muss der Umgang mit digitalen Medien, Applikationen und  
65 Endgeräten stärker im Fokus der Schulen liegen. Die Neuen Medien beinhalten vor allem Chancen,

66

67 sie bergen aber auch Risiken. Deshalb ist ein verantwortungsvoller und selbstständiger Umgang mit  
68 elektronischen Medien – die „digitale Selbstständigkeit“ der Menschen – unser Ziel.

69 Die Forderung der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundes-  
70 tages, jede Schülerin und jeden Schüler mit einem eigenen Tablet-PC oder einem Laptop auszustat-  
71 ten, findet unsere Unterstützung. Sie wird ein langfristiges Ziel unseres Regierungshandelns sein.

72 Innerhalb der Bildungsfinanzierung ist der Bereich der digitalen Medien genauso wichtig wie die her-  
73 kömmliche technische Ausstattung der Schulen. Deshalb werden wir nach Wegen und Möglichkeiten  
74 suchen, um entschieden die Digitalisierung unseres Bildungswesens voranzutreiben.

75 Dazu werden wir

- 76 • die Schulträger bei entsprechenden Projekten unterstützen.
- 77 • die entsprechenden Qualifikationen in die Inhalte der Lehrerausbildung aufnehmen, das The-  
78 ma fächerübergreifend in den Lehrplänen verankern und auch für eine systematische und kon-  
79 tinuierliche Zusammenarbeit mit den Eltern sorgen.
- 80 • zugleich für eine Digitalisierung der Lernmaterialien sorgen. Bei Bildungsmaterialien setzen wir  
81 stärker auf CC-Lizenzen.

82 Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Schülern, Lehrern, Schulen, Eltern und Politik wird  
83 es uns gelingen, die Schulen zukunftsfähig aufzustellen.

84

85 Gesetzliche Lösungen für Jugend- und Kinderschutz im Internet müssen dem technischen Fortschritt  
86 standhalten und dürfen bisherige Versäumnisse der Politik nicht durch bürokratische Maßnahmen  
87 für Inhalts- und Zugangsanbieter beantworten. Wir werden uns für eine Novelle des Jugendmedien-  
88 schutzstaatsvertrags (JMStV) unter diesen Gesichtspunkten einsetzen und eine Lösung, die alle Inter-  
89 essen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Eltern beachtet, voranbringen.

90

91 Die Stärkung der digitalen Kompetenz betrifft aber nicht nur die junge Generation. Sie muss integra-  
92 ler Bestandteil von Bildung in allen Bildungseinrichtungen und für alle Lebensphasen sein.

93

### 94 **3. Aufbruch in die Digitale Wirtschaft**

95

96 Der Wirtschaftsfaktor Internet zieht sich inzwischen durch alle Branchen. Egal ob Gastronomie, Ein-  
97 zelhandel, Tourismus oder Industrie – durch neue Kommunikations- und Vertriebswege steigern die  
98 Branchen ihren Umsatz und gewinnen neue Kunden. Die künstliche Trennung in Industrie und  
99 wissensbasierter Ökonomie ist falsch. Schon heute sind knapp 80 Prozent der Innovationen in der  
100 Wirtschaft IT-getrieben.

101

102 Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Niedersachsen sind ein bedeutender  
103 wirtschaftlicher Faktor. Knapp 11.000 Unternehmen mit 60.000 Arbeitsplätzen sind im weiteren Sin-  
104 ne in diesem Bereich bereits aktiv. Am bundesweiten IKT-Markt hat Niedersachsen allerdings nur  
105 einen Anteil von 5 Prozent. Dies zeigt die verfehlte Politik der schwarz-gelben Landesregierung in  
106 diesem Bereich.

107

108 Die SPD-Niedersachsen wird deshalb die Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft stärken. Wir  
109 setzen dabei vor allem auf Qualifizierung und Förderung. Den Zusammenschluss von Unternehmen,  
110 Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen zu IKT-Regionen sehen wir dafür als sinn-  
111 vollen Schritt, um diese Aufgaben gemeinsam anzugehen. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit  
112 zwischen den Hochschulen und der digitalen Wirtschaft ausbauen, um die Innovationsfähigkeit und  
113 Kreativität der Universitäten zum Entstehen von Start-ups zu nutzen. Dafür müssen die technischen  
114 Ausbildungen an den niedersächsischen Hochschulen verstärkt werden. Dies gilt gerade für Frauen,  
115 die bisher noch stark in den technischen Studiengängen unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig brau-  
116 chen wir „Ideenfabriken“ im Umfeld der Hochschulen, in denen Infrastruktur und Beratung geboten  
117 werden.

118

119 Wir wollen die Gründerkultur durch eine Stärkung von Qualifizierungen in Niedersachsen durch  
120 staatliches Handeln stärken. Die steuerliche Forschungsförderung kann Innovationen in Niedersach-  
121 sen vorantreiben. Zugleich werden wir die Fördermöglichkeiten für Start-ups überarbeiten und ver-  
122 bessern. Wir brauchen dafür eine unbürokratische und passgenaue Förderung für den Bereich der  
123 Kreativwirtschaft, aber auch ausreichend Wagniskapital und Infrastruktur (z. B. CoSpaces), damit  
124 kleine Start-ups den nächsten Wachstumsschritt unternehmen können. Hierfür werden wir die  
125 NBank entsprechend umbauen und ausstatten.

126

127 Aufbruch in der digitalen Wirtschaft bedeutet für uns auch, Chancen der einzelnen Wirtschaftsberei-  
128 che genauer zu betrachten. „IT made in Niedersachsen“ hat das Zeug zum Exportschlager – das zeigt  
129 sich in wachstumsstarken Anwendungsfeldern wie Green IT, eMobility, eHealth, eEnergy und eLear-  
130 ning.

#### 131 **4. Der digitale Staat: Chance für Bürger, Verwaltung und Politik**

132

133 Politik, Verwaltung und Regierungen müssen neue Wege gehen. Bürgerinnen und Bürger wollen sich  
134 stärker in politische Prozesse einbringen und Fehlentwicklungen durch ihr Wissen verhindern. Das  
135 Internet bietet eine riesige Chance, dieses Potential zu nutzen und die Position der Bürger auf Infor-  
136 mationen maßgeblich zu stärken. Auch das Thema Open-Data wird die SPD-Niedersachsen offensiv  
137 aufgreifen, um ein eigenes Open-Data-Portal für Niedersachsen zu entwickeln. Ziel muss es sein,  
138 staatliche Daten offen zugänglich und damit transparent zu machen. Daraus können auch erhebliche  
139 wirtschaftliche Potenziale entstehen.

140

141 Wir werden neue Formen der digitalen Bürgerbeteiligung etablieren. Ein gutes Beispiel dafür ist die  
142 Europäische Bürgerinitiative. In der intensiveren Kommunikation, Transparenz und den besseren  
143 Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sehen wir eine große Chance, die repräsenta-  
144 tive Demokratie zu stärken. Über moderne Kommunikations- und Informationstechnologien werden  
145 wir auf diese Weise neue Wege der Teilhabe ermöglichen. Zugleich wird das Land stärker seine Rolle  
146 als Nachfrager bei technischen Innovationen wahrnehmen.

147

148 So schaffen wir es, Verwaltungshandeln effizienter und transparenter zu gestalten. Bei der Verwal-  
149 tungsmodernisierung wollen wir zudem intensiver auf Open-Source-Modelle setzen.

150

151 Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb

- 152 • ein eigenes niedersächsisches Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen, wie es auf  
153 Bundesebene und in den meisten Bundesländern schon existiert.
- 154 • im Zuge der Verwaltungsmodernisierung eine eGovernment-Strategie erarbeiten, die Transpa-  
155 renz, Bürgernähe und Partizipation in den Mittelpunkt zu stellt.
- 156 • im niedersächsischen Landtag für eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger eintre-  
157 ten, so z. B. durch eine digitale Petitionsplattform wie im Bundestag.
- 158 • ein eigenes Livestreaming-Angebot des Landtages für alle Plenarsitzungen etablieren.

159 Die Barrierefreiheit wird bei all diesen Neuerungen Voraussetzung sein.

160

#### 161 **5. Datenschutz: Digitale Selbstständigkeit und Nutzerrechte in den Mittelpunkt**

162

163 Systembedingt werden im Internet und den Neuen Medien viele Informationen und Daten offenbart.  
164 Die Verbindung von öffentlich zugänglichen Daten mit personenbezogenen Daten stellt eine neue  
165 Qualität sowie eine Herausforderung für die Beachtung und den Schutz des Rechtes auf informatio-

166 nelle Selbstbestimmung dar. Kurzfristige Maßnahmen zum Schutz der Persönlichkeit und der Daten  
167 im Internet sind daher notwendig. Zugleich ist die Weiterentwicklung des Datenschutzrechtes unter  
168 Beachtung der Anforderungen der Neuen Medien eine von der Verfassung vorgegebene Aufgabe.  
169 Hieran muss sich auch Niedersachsen auf Landes-, Bundes- und Europaebene im Interesse seiner  
170 Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Datenschutz und Datensparsamkeit müssen einen zentralen Stel-  
171 lenwert in der Politik bekommen und in allen Lebensbereichen wirksam, transparent und bürgernah  
172 verankert werden. Daten gehören in Nutzerhand.

173

174 Neben dem rechtlichen Schutz von Daten muss die Fähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer zum  
175 Selbstschutz gestärkt werden. Die selbstbestimmte Wahl von anonymen Nutzungen, von Pseu-  
176 donymen, von Verschlüsselungstechniken oder auch die Möglichkeit, sich durch Zugriff auf die ein-  
177 fach lesbare Datenschutzerklärung jederzeit ausreichend Gewissheit über die Bedingungen der Da-  
178 tenverarbeitung zu verschaffen, sind für uns wesentlich.

179

180 Eine SPD-geführte Landesregierung wird

- 181 • sich deshalb im Bundesrat für einen umfangreichen Beschäftigtendatenschutz einsetzen.
- 182 • die Landesbehörde für den Datenschutz in Niedersachsen personell und sachlich so ausstatten,  
183 dass die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften auch tatsächlich erfolgen kann.
- 184 • für eine angemessene Ausstattung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten mit ausrei-  
185 chend geschultem Personal und den notwendigen technischen Ausstattungen sorgen.

186 Zusätzlich sind Informationskampagnen notwendig, um die Nutzerinnen und Nutzer intensiv über  
187 ihre Rechte aufzuklären und sie so bei der Wahrung ihrer Rechte zu stärken.

188

## 189 **6. Netzpolitik hat für uns einen hohen Stellenwert**

190

191 Die netzpolitische Debatte und der damit einhergehende gesellschaftliche Wandel haben massiv an  
192 Bedeutung gewonnen. Vieles ist derzeit im Umbruch, vieles noch nicht zu Ende diskutiert. Wir be-  
193 trachten die Entwicklung als Chance für unsere Gesellschaft, als Chance, demokratische Prozesse zu  
194 erneuern, die Nähe des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern und Politik trans-  
195 parenter und partizipativer zu gestalten. Gleichzeitig sehen wir Chancen auf wirtschaftliches Wach-  
196 stum und Arbeitsplätze. In diesem Geiste werden wir in den kommenden Monaten die netzpolitische  
197 Debatte führen und dabei auf den Dialog setzen.

198

199 Hannover, 07. Mai 2012